

Eine neue Lebensmittel-Hilfsaktion

Beginn am 27. August — Über zwei Millionen Pakete wurden verteilt

Berlin (Eigenmeldung). Die gegenwärtig laufende Hilfsaktion für Bewohner des Ostsektors und der Zone wird auch nach dem 15. August fortgesetzt. In der Zeit vom 16. bis 26. August tritt aus technischen Gründen eine Pause ein. Diese Regelung wurde in einer Besprechung zwischen Vertretern der Bundesregierung und des Senats beschlossen.

Die zweite Lebensmittel-Hilfsaktion beginnt am 27. August. Personen, die bereits bei der ersten Aktion berücksichtigt wurden, können dann noch ein zweites Paket erhalten. Einzelheiten über die neue Einteilung der Patenbezirke werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Der Senat wird in den nächsten Tagen 1000 Notstandsangestellte zur Ausgabe der Lebensmittelpakete an die Bewohner des Ostsektors und der Sowjetzone einsetzen.

Bisher wurden während der ersten Hilfsaktion fast zwei Millionen Lebensmittelpakete an Bewohner der Sowjetzone und Ostberliner verteilt.

Um Unterstellmöglichkeiten für diejenigen Einwohner des Ostsektors und der Sowjetzone

zu schaffen, die die Lebensmittelpakete nicht sofort in Anspruch nehmen können und sie in Kürze abholen wollen, hat sich die Berliner Feuerwehr bereit erklärt, verschiedene Brandwachen für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Auch das Rote Kreuz bewahrt Lebensmittelpakete auf.

Vier Fragen an die Sowjetunion

Der Bundeskanzler zur Sowjetnote — Unbedingt Klarheit!

Berlin (Eigenmeldung / AP / DPA). Die Note der Sowjetunion an die Westmächte zur Frage einer Viererkonferenz ist eingehend von den Regierungen der Westmächte erörtert worden. Vor einer Beantwortung werden die Westmächte auch die Stellungnahme der Bundesregierung einholen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer stellte auf einer Kundgebung in

Trier zu der Note vier Fragen, auf deren Klärung von deutscher Seite bestanden werden müsse:

1. Warum gibt die Sowjetunion keine Antwort auf den Vorschlag, freie Wahlen in ganz Deutschland abzuhalten? Ist sie bereit, dieses erste und wichtigste deutsche Anliegen, von dem die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit abhängt, zu erörtern?

2. Die Note läßt nicht erkennen, ob die Sowjetunion von ihrer bisherigen These abgeht oder nicht, daß der Friedensvertrag nur unter den vier Mächten ausgehandelt und Deutschland auferlegt werden soll. Der deutsche mit der Auffassung der Alliierten übereinstimmende Standpunkt sei, daß eine freigebildete Regierung als gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen von vornherein beteiligt werden müsse.

3. Ist die Sowjetunion bereit, einer gesamtdeutschen Regierung außen- und innenpolitische Handlungsfreiheit zu garantieren?

4. Wird die Sowjetunion bereit sein, die Sicherheit Europas und damit Deutschlands zu gewährleisten?

Pankow lehnt westliche Hilfe ab

Bonn und USA bieten Lebensmittel an — Ware für 25 Mill. DM

Berlin (Eigenmeldung). Die Sowjetzonenregierung hat innerhalb von zwei Tagen zwei weitere Hilfsangebote des Westens für die Bevölkerung der Sowjetzone abgelehnt.

Die Bundesregierung hatte Lebensmittellieferungen im Wert von 25 Millionen DM oder mehr gegen Barzahlung in Westmark schriftlich angeboten.

Gleichzeitig hatte der amerikanische Oberkommissar, Botschafter Conant, den sowjetischen Hohen Kommissar Semjonow gebeten, Vorschläge über amerikanische Lebensmittellieferungen an die Sowjetzone zu machen. In seinem Schreiben bezog sich Conant auf eine Er-

klärung Grotewohls, die Sowjetzonenregierung würde von den USA Lebensmittel kaufen, wenn sie zu diesem Zweck über ihre blockierten Dollarguthaben verfügen könnte.

Die gesperrten Konten der sowjetdeutschen Notenbank in den USA belaufen sich auf etwa 1,4 Millionen Dollar.

Das Angebot der Bundesregierung wurde ohne Umschweife abgelehnt und sogar als „Anmaßung“ bezeichnet.

Das Angebot der USA wurde dadurch unwirksam gemacht, daß Pankow erklärte, die Ostregierung erhebe Anspruch auf „bedingungslose Freigabe“ ihrer Dollarkontingente in den USA.

J. B. Gradl:

Die Sowjet-Note

Das Entscheidende an der Sowjetnote, die jetzt als Antwort auf die Einladung der drei Westmächte zu einer Außenministerkonferenz im September übergeben worden ist, ist die Bejahung der Viererkonferenz. Die Note enthält viel Kritik an den politischen Erklärungen der Westmächte, sie erhebt die schon üblich gewordenen Vorwürfe, aber „nichtsdestoweniger“, so heißt es am Schluß der Note, erkenne die Sowjetregierung die Bedeutung gemeinsamer Erörterungen an. Wie die Viererkonferenz zustande kommen soll, bleibt trotzdem noch unklar, weil in der Sowjetnote weder von Termin noch Ort der Konferenz gesprochen wird und nicht klar erkennbar ist, ob die sowjetischen Ansichten Bedingungen oder nur Anregungen für die Viererkonferenz darstellen. Das aber wird die nun einsetzende diplomatische Aktivität klären müssen.

Nicht gerade zuversichtlich

Sieht man von der Bereitschaft zur Konferenz ab, dann ist der übrige Inhalt der Note nicht gerade ein zuversichtlich stimmender Auftakt für eine Viermächteberatung. Andererseits muß man sich darüber im klaren sein, daß die Sowjets wie jeder Verhandlungspartner vor und bei Beginn so selbstsicher und hart wie irgend möglich erscheinen wollen.

Wie für die sowjetische Politik in Europa die deutsche Frage im Vordergrund steht, läßt der Hinweis erkennen, daß nach Ansicht der Sowjetregierung durch einen Erfolg bei der Lösung des Deutschlandproblems auch „die Klärung der österreichfrage erleichtert“ würde. Allerdings erschwert ihre Forderung auf umfassende Gespräche mit Einschluß Rot-Chinas die vordringliche Verständigung über Deutschland. Nicht Rot-China ist das Kernproblem einer ost-westlichen Entspannung, sondern die Deutschlandfrage. Sie hat an der Spitze der Erörterung zu stehen, nicht die Ostasienfrage. Der 17. Juni hat doch bewiesen,

welchen Explosivstoff die deutsche Teilung für den Weltfrieden darstellt. Es muß verhindert werden, daß an einem eventuellen Scheitern der Rot-China-Frage auch die Deutschlandfrage scheitert und deshalb vielleicht gar nicht mehr zur Sprache käme.

Unangenehmes Thema

Für uns Deutsche besonders interessant ist der Teil der Note, der die sowjetischen Vorstellungen über die weitere Behandlung der Deutschlandfrage aufzeichnet. Das Thema freie Wahlen bleibt den Sowjets offensichtlich unangenehm. Sie formulieren das deutsche Thema so: „Wiederherstellung der nationalen Einheit und Abschluß eines Friedensvertrages.“ Darin muß nicht von vornherein eine Ablehnung freier Wahlen liegen, denn das Thema freie Wahlen ließe sich ohne weiteres in das Thema Wiederherstellung der nationalen Einheit einordnen. Aber es ist eben doch deutlich, daß die Sowjetunion offenbar keinesfalls freie Wahlen konzidieren will, solange sie nicht die weitere Frage nach der Stellung eines neu entstandenen Gesamtdeutschland beantwortet weiß, die in dem Thema „Abschluß eines Friedensvertrages“ steckt.

Freie deutsche Regierung!

Es wird eine der entscheidenden Aufgaben der Westmächte und auch der Bundesrepublik sein, sich auf diese Fragestellung nicht nur in der Generalhaltung, sondern auch im einzelnen vorzubereiten. Die allgemeine Haltung der Bundesrepublik und der Westmächte ist klar gegeben durch die immer wiederholte Feststellung, daß eine gesamtdeutsche Regierung in ihren Entscheidungen frei sein müsse, über die Gewährleistung dieser Freiheit bei der Vorbereitung und Unterzeichnung des Friedensvertrages und nach dem Friedensvertrag gibt es verschiedene Vorstellungen. Ob es gelingt, unter ihnen eine Lösung zu finden, die allen drei Hauptbeteiligten (Westmächte, Sowjetunion und nicht zum wenigsten Deutschland selbst) genügen wird, das ist die Hauptfrage, die auf einer Konferenz konkret auf alle Beteiligten zukommen wird.

In der Antwortnote der Sowjetunion wird wieder die Schaffung einer „sogenannten neutralen Kommission aus Vertretern ausländischer Staaten“ für die Vorbereitung freier Wahlen abgelehnt. Die Frage einer solchen Kommission „führe die ganze Angelegenheit zu langatmigen Diskussionen“. Es wäre schön, wenn diese bisher bei den Sowjets nicht gekannte Abneigung gegen langatmige Diskussionen ihre künftige Verhandlungspraxis beherrschen würde. Bisher waren sich jedenfalls Meister in der Taktik des Verschleppens durch Diskussionen. Allerdings sollten sie sich darüber klar sein, daß die Zeit, in der sie allen Entscheidungen durch Tagesordnungs- und Verhandlungsspielerien ausweichen konnten, vorbei ist. Die Sowjetnote geht in ihrer Einleitung von dem Vollzug des Waffenstillstandes aus, in dem sie „günstige Voraussetzungen für eine Entspannung der internationalen Lage“ sieht. Man kann nur hoffen, daß sie dieses Zeichen richtig wertet und nicht durch Methoden und Haltungen, die sie früher zum allgemeinen Leid angewandt hat, die Voraussetzungen für eine weitere Befriedung der Welt wieder verschüttet.

Wahlen

erste Voraussetzung

Bonn (Eigenmeldung). In Bonn hat die Moskauer Note ein geteiltes Echo ausgelöst. Regierung und Opposition betonten jedoch übereinstimmend, daß freie gesamtdeutsche Wahlen erste Voraussetzung der Wiedervereinigung sein müßten.

In der Note hat die Sowjetunion die Einladung der drei Westmächte zur Teilnahme an einer Außenministerkonferenz über die Deutschland- und österreichfrage zwar angenommen, jedoch bestimmte Feststellungen getroffen, die im scharfen Gegensatz zu den Vorschlägen der Westmächte stehen. Vor allem erwähnt die Sowjetunion mit keinem Wort, daß eine gesamtdeutsche Regierung aus freien Wahlen hervorgehen und an den Friedensvertragsverhandlungen beteiligt werden soll.

Ein gesamtdeutscher Kirchentag

Berlin (Eigenbericht). Die Vorbereitungen zum Kirchentag 1953, der am 12. August eröffnet wird, haben in Hamburg in den letzten Monaten im Zeichen der zehntausend Teilnehmer gestanden, die aus der Sowjetzone kommen. Es wurde unter dem Motto der „Bruderhilfe“ eine Aktion in Gang gesetzt, die die menschliche Verbundenheit der Deutschen im Osten und Westen aufs Neue dokumentierte und dem diesjährigen Kirchentag schon im voraus sein besonderes Gepräge gab:

In den großen Bädern ging die Jugend von Strandkorb zu Strandkorb und sammelte für die „Bruderhilfe“; aus Schleswig-Holstein und anderen Teilen Norddeutschlands gingen große Mengen Lebensmittel sowie Lebendvieh nach Hamburg.

Viele Gemeinden in der Bundesrepublik haben Patenschaften übernommen und tragen die Aufenthaltskosten für die Teilnehmer aus dem Osten.

Dies sind die praktischen Bemühungen. Sie dienen dazu, daß die eigentliche Aufgabe des Kirchentages erfüllt werden kann: das Gespräch in den Arbeitsgruppen: Kirche, Familie, Politik, Arbeit, Dorf, Siedlung, Großstadt. Es wird in diesem Jahr zweifellos ein Ost-West-Gespräch werden. Der Kirchentag wird wieder zu einem gesamtdeutschen Ereignis.

Synode gegen Niemöller

Frankfurt (DFA). Die Synode der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau stellte in Frankfurt fest, daß Kirchenpräsident Niemöller mit seinem Wahlauftrag das Wort der Synode vom November 1950 verletzt habe, in der Form möglichste Zurückhaltung zu üben.

Dieser Beschluß wurde nach zweitägiger Aussprache mit 77 gegen 56 Stimmen bei drei Enthaltungen gefaßt.

Niemöller hatte zum Zusammenschluß aller Gruppen aufgefordert, die „ohne einseitige wirtschaftliche oder militärische Bindung nach West oder Ost eine deutsche Politik der Wiedervereinigung und des Friedens zu treiben entschlossen sind“.

Der Osten will nicht

DT. Die Sowjetzonenregierung, die am Freitag noch dreist in ihren Zeitungen behauptete, bis zur Stunde sei ein Angebot, Lebensmittel gegen Westmark zu liefern, von der Bundesregierung nicht eingegangen, hatte ein solches Angebot des Bundes bereits am Donnerstag offiziell abgelehnt. Damit hat die Sowjetzonenregierung erneut einen offiziellen Vorschlag zur Verbesserung der Lebensmittelsituation in der Zone von sich gewiesen. Dieser Vorschlag war beinahe überflüssig, weil es der Sowjetzone schon immer unbenommen war, gegen Barzahlung zu kaufen. Die Ablehnung aller Vorschläge beweist, daß die Zonenregierung ihre Lebensmittelsituation nicht mit Hilfe des Westens beheben will.

Als die Regierung der USA der Sowjetunion für die Zone Lebensmittel im Werte von 15 Millionen Dollar umsonst anbot, wurde dies von Molotow als „Beleidigung“ zurückgewiesen. Das spätere Angebot der USA, gesperrte Dollar-konten für Lebensmittelaufkäufe freizugeben, wurde ebenfalls negativ mit der Forderung „bedingungslose Freigabe der Konten“ beantwortet. Die Paketaktion wurde mit Beschlag-

nahmen und Transportschikanen behindert. Grotesk aber fordert „ehrlichen Handel“ und Ausdehnung des Interzonen-Warenverkehrs auf eine Milliarde Mark, obwohl der Osten noch nicht einmal das augenblickliche Abkommen in Höhe von 408 Millionen Mark fristgemäß erfüllen kann.

So ergibt sich die Situation, daß Pankow Lebensmittel als Geschenk von sich weist, einen Kauf gegen Dollar ablehnt, mit Ware nicht bezahlen kann und mit Westmark, die ihm reichlich zur Verfügung steht, nicht bezahlen will.

Das ist jetzt ganz klar: Pankow will nicht. Es will sich nicht die Blöße geben, zuzugeben, daß es unfähig ist, die Situation mit eigener Kraft und mit Lieferungen der Sowjetunion zu normalisieren. Jede Hilfe des Westens, gleich welcher Art, wird als Mittel der psychologischen Kriegführung abgelehnt. Wenn aber von menschlicher Hilfe — und darum handelt es sich bei den westlichen Angeboten — überhaupt eine solche psychologisch-politische Wirkung ausgehen sollte, dann wäre das nicht die Schuld der Helfenden, sondern derjenigen, die diese Situation schufen.

Auslandshilfe der USA

E. Kl. Die Mitglieder des amerikanischen Kongresses rüsten sich für einen langen Urlaub. Die Pflichtenarbeiten sind getan, das Budget und die geldlichen Zuweisungen an die Regierung für das am 1. Juli begonnene Finanzjahr sind genehmigt. Sowohl die Verteidigungsausgaben als auch die Auslandshilfe sind fast in einer Höhe genehmigt worden, wie sie von Eisenhower für notwendig gehalten wurden, um den Kommunismus vor neuen Angriffen abzuschrecken.

Die Auslandshilfe wird 1953/54 etwa 6,6 Mrd. Dollar betragen. Wenn diese Summe voll ausgegeben wird, ist sie größer als die jeweiligen Beträge der letzten drei Jahre, die für den gleichen Zweck vorgesehen waren. Der neue Gesamtbetrag setzt sich zusammen aus 4,5 Mrd. neubewilligten Geldern

und aus 2,1 Mrd., die in früheren Jahren schon diesem Zweck zugewiesen waren, jedoch nicht verwendet wurden. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die tatsächliche Unterstützung der freien Welt durch die amerikanische Verteidigungshilfe in diesem Jahre ein nie dagewesenes Maximum erreicht.

Nach wie vor wird die amerikanische Auslandshilfe einem doppelten Zweck dienen. Sie wird es den befreundeten Staaten ermöglichen, ihre Verteidigungskraft schneller auf das notwendige Maß zu erhöhen, ohne daß unerträgliche soziale Belastungen und Spannungen eintreten. Die Auslandshilfe wird aber zweitens auch dazu beitragen, daß die westliche Welt jene Dollars erhält, die sie für Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise im Dollarraum notwendig braucht.

Maßnahmen gegen die FDJ

In Schleswig-Holstein illegales Material sichergestellt

Kiel (AP). Auf Anordnung der zuständigen Staatsanwaltschaft wurden in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz in verschiedenen Teilen Schleswig-Holsteins polizeiliche Maßnahmen gegen Angehörige und Funktionäre der illegalen FDJ durchgeführt. Wie die Pressestelle der Landesregierung in Kiel mitteilte, wurde „beachtliches Material sichergestellt“.

KPD-Beschwerde wurde verworfen

Karlsruhe (DPA). Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat die Beschwerde der KPD gegen das Bundeswahlgesetz verworfen. Die KPD hatte sich gegen die Fünf-Prozent-Klausel des Gesetzes gewandt, die nur den Parteien Abgeordnetensitze zubilligt, die mehr als fünf Prozent der im Bund abgegebenen gültigen Stimmen bekommen haben. Bei der Bundestagswahl 1947 erhielt die KPD 5,7 Prozent, jedoch ist ihr Einfluß seitdem ständig zurückgegangen.

Die Beschwerde wurde vom Ersten Senat des Gerichts einstimmig verworfen. In dem Beschluß des Gerichts wird dar-

auf hingewiesen, daß die Beschwerde unzulässig sei, da die KPD von der Fünf-Prozent-Klausel nicht betroffen oder in ihren Rechten verletzt sei, da sie nach eigenen Angaben davon ausgehe, daß sie bei der Wahl mehr als fünf Prozent der Stimmen erhalten werde.

Wirth-Bund

verfassungsfeindlich

Mainz (AP). Der von dem ehemaligen Reichskanzler Wirth geleitete „Bund der Deutschen“ werde in Rheinland-Pfalz als „verfassungsfeindliche Organisation“ angesehen und daher für das Landesgebiet nicht zugelassen, erklärte Innenminister Dr. Zimmer (CDU) in Mainz.

„Botschaft des Trotzes“

Washington (AP/DPA). In einer großen Rundfunk- und Fernsehansprache bezeichnete Präsident Eisenhower Berlin und Korea als die beiden Gebiete, in denen heute ein dramatischer Beweis für den Freiheitswillen der Menschen geliefert werde. Den Juni-Aufstand in Ostberlin und der Sowjetzone nannte Eisenhower

eine „machtvolle Botschaft“ an die sowjetischen Besatzungsbehörden — „eine Botschaft des Trotzes“. Die westliche Politik habe bereits stark auf die Völker des sowjetischen Machtbereiches eingewirkt.

Eine Warnung

New York (AP/DPA). Die 16 in Korea kämpfenden alliierten Länder haben am Freitag in einer gemeinsamen Erklärung bekanntgegeben, daß sie einem neuen kommunistischen Angriff in Korea sofort mit Waffengewalt entgegenzutreten würden. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden in einem solchen Falle die Kampfhandlungen nicht auf koreanisches Gebiet beschränkt werden können.

Diese Warnung an die Kommunisten ist in einer von den 16 Ländern unmittelbar nach dem Abschluß des koreanischen Waffenstillstandes in Washington unterzeichneten gemeinsamen Erklärung enthalten.

Schadenersatz

Washington (AP/DPA). Die USA haben von der Sowjetunion einen Schadenersatz gefordert für den Abschluß eines amerikanischen Bombers vom Typ B 50 am 29. Juli über dem Japanischen Meer.

Mao besiegte Malenkow

Der Machtkampf in Nordkorea — „Verschwörer“ verhaftet

Tokio (AP). Die Berichte über einen Machtkampf zwischen den pro-chinesischen und den pro-russischen Funktionären der KP Nordkoreas wurden vom nordkoreanischen Rundfunk bestätigt.

Der Sender gab bekannt, daß gegen zwölf hohe nordkoreanische Beamte, die für ihre pro-russische Einstellung bekannt sind und teilweise in Moskau ausgebildet wurden, Anklage wegen einer angeblichen Verschwörung zum Sturz des Regimes und wegen Spionage zugunsten der USA erhoben wurde. Unter ihnen befinden sich der frühere stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Pak Hong Wong und frühere Justizminister.

Nach unbestätigten Berichten sollen alle zwölf Beamte bereits

verhaftet worden sein. An ihre Stelle seien pro-chinesische Funktionäre getreten.

Hinrichtungen

Athen (AP). Der albanische Diktator Enver Hodscha hat in den letzten Tagen einen Polizeichef und neun höhere Armeeoffiziere hinrichten lassen, geht aus Berichten von Flüchtlingen hervor, die in Griechenland eintrafen. Die Sowjetunion habe einen Diplomaten mit besonderen Vollmachten nach Albanien gesandt, um die dort stationierten sowjetischen Offiziere zu unterstützen.

Neuer Kirchenkampf

Wien (DPA). Ein schärferes Vorgehen gegen die Kirche erwarten informierte Kreise in der Tschechoslowakei.

„Waidmanns Heil“ sagt man in SED-Büros ...

Auflösungserscheinungen in der Mitgliedschaft — Erregte Diskussionen

Als die SED ihre Radauktion gegen die Ostberliner Paketempfänger vom Stapel ließ, hatte sie erstmalig ausgesuchte Kaderfunktionäre in Westberlin eingesetzt. Für die Mitglieder der Ostberliner SED-Kreisleitungen wurde sogar das Verbot des Betretens der Westsektoren kassiert. Trotzdem versagten die kommunistischen Rollkommandos. Aber wichtiger als diese Aktion — die man übrigens zu wiederholen gedenkt — war für manchen Beteiligten die Erkenntnis, daß die SED bereits ihre Kaderfunktionäre auf die Straße schicken muß, wenn sie in Westberlin Demonstrationen veranstalten will. Wo blieben die kleinen Mitglieder, die die Partei in solchen Fällen vorzuschicken pflegt?

Informierte Beobachter nennen vier Gründe, aus denen sich die Mitglieder der SED — unter ihnen aktive Kommunisten — von der Partei in diesen Tagen lösen. Und es gibt nicht wenige ernst zu nehmende Betrachter, die diese Auflösungserscheinungen weit über den Machtkampf in der SED-Führung zu stellen geneigt sind.

Da ist einmal der überraschende Kurswechsel, den die Mitgliedschaft nun mit der Bevölkerung ausdiskutieren soll. Als die Genossen die unsozialen Maßnahmen der SED „populärisieren“ mußten, begegnete ihnen die Bevölkerung mit blankem Haß. Jetzt, wo sie ihre eigenen Argumente widerlegen, fallen sie der Lächerlichkeit anheim.

Deshalb heißt es immer wieder in den Mitgliederversammlungen: „Die Partei hat gut reden. Sie veröffentlicht eine Erklärung im ‚Neuen Deutschland‘, aber wir diskutieren sie dann mit den Leuten aus. Als hätten nicht die in der Parteiführung, sondern die Mitglieder den Mist gemacht.“

Und die Bevölkerung, für die Ulbricht und Pieck nicht greifbar sind, hält sich an die kleinen SED-Genossen und macht ihnen die Hölle heiß.

Vielsagende Resolutionen

Der zweite Grund, der jede Parteitätigkeit lahmzulegen droht, liegt in dem Verhalten des Zentralkomitees gegenüber den ausgeschlossenen Mitgliedern der SED. Als nach der Radikalisierung der SED-Politik im Anfang dieses Jahres über 13 000 Mitglieder aus der Partei gestoßen wurden, weil sie gegen den unsozialen Kurs zu protestieren wagten, erstarb innerhalb weniger Wochen jegliche Parteiarbeit.

Jetzt, nachdem diese Ausgeschlossenen durch das Eingeständnis der Partei praktisch rehabilitiert worden sind, treffen aus allen Parteiorganisationen Resolutionen ein, in denen die Zurücknahme der Abschlüsse gefordert wird.

Aber — nicht einer der aus der Partei gestoßenen Genossen wird vom Zentralkomitee akzeptiert: Recht oder Unrecht, der Verstoß gegen die Parteilinie — auch wenn sie falsch war — wiegt schwerer als die Tatsache, daß sie die Lage richtig beurteilten als das Politbüro. Und Tausende von SED-Mitgliedern, die vor vier und fünf Monaten genau das behaupteten, was Ulbricht heute heuchlerisch bekennt, stehen deshalb seit ebenso langer Zeit unter Berufsverbot und Beobachtung des SSD. Was Wunder, daß die Genossen grinsen, wenn der Referent der Kreisleitung über „innerparteiliche Demokratie“ diskutieren will.

Dahlem arbeitet wieder

Dazu kommt die Säuberung im Politbüro. Franz Dahlem wurde als „Agent“ entlarvt, und die gesamte Parteipresse zog ihn durch den internkommunistischen Schmutz. Jetzt sitzt er wieder in der Parteiarbeit und leitet nach wie vor einen erheblichen Teil der Westarbeit der SED. SSD-Chef Zaisser, den man für den zweiten Mann des SED-Staates hielt, ist plötzlich ein „Defätist“, und der Genosse Herrnstadt, nach dessen Leitartikeln man die Parteilinie argumentierte, spaltete, wie man liest, die Partei.

Wenn, so fragen die Genossen, dürfen wir denn heute noch trauen? Ist nicht vielleicht Ulbricht morgen schon ein amerikanischer Agent?

Es ist die Zeit, wo sich die FDJ-Gruppen wieder „Sturm-vogel“ und nicht mehr „Wilhelm Zaisser“ nennen. Zu gefährlich ist der kommunistische Personenkult, solange die Götzen derart zerbrechlich sind. Die SED-Mitglieder, die mit all den abenteuerlichen Erklärungen über die Zaisser, Dahlem und Herrnstadt nichts mehr anzufangen wissen, machen das alles nur noch mit müdem Lächeln mit. In den Untergruppen begrüßt man sich augenzwinkernd mit „Waidmannsheil!“: „Die Partei hat wieder einen Bock geschossen!“

Viele Fragen — keine Antwort

Und da gibt es all die Diskussionen in der Mitgliedschaft, die jetzt wieder aufflammen.

„Warum wird die ‚technische Intelligenz‘ derart bevorzugt, daß für jeden Arbeiter nichts mehr übrigbleibt?“ Und: „Warum gehört der Parteisekretär mit zur bevorzugten Intelligenz?“ — „Warum werden diejenigen Normen nicht wieder herabgesetzt, die man sich unter dem Druck der Partei zu erhöhen verpflichtet hat?“

Tausend Fragen, auf die die Partei keine befriedigende Antwort weiß. Was soll sie auch ihren Mitgliedern sagen? Daß sie moralisch und ökonomisch am Ende ist? Daß sie ihre ausgesuchtesten Funktionäre vorzuschicken muß, wenn sie in Westberlin Krawalle beginnen will?

Nicht wenige und nicht die schlechtesten SED-Mitglieder beginnen heute zu überlegen, wie man die eigene Partei zer schlagen muß, um das zu erreichen, was jede kommunistische Partei als Köder offeriert: die Schaffung eines erträglichen Lebensstandards für die gesamte Bevölkerung, und nicht nur für die Funktionäre der Staatspartei.

Wenn sich heute die SED von innen heraus liquidiert, dann ist es nicht mehr allein ein Zeretzungsprozeß, sondern zum nicht geringen Teil eine bewußte Aktion ihrer Mitgliedschaft, die sich mit den Ulbrichts kaum noch identifizieren kann.

Weh' dem, der „ranzig“ sagt

Butterlieferungen aus der Sowjetunion — Ein Protokoll

Berlin (Eigenbericht). Die Butter, die jetzt aus der Sowjetunion in die Sowjetzone geliefert wird, ist nach Berichten der Verbraucher oft alt und ranzig. Wie es kommt, daß derartige Lieferungen trotzdem zum Verkauf angeboten werden, sei an Hand eines Falles geschildert, dessen Protokolle dem „Untersuchungsausschuß freihändlerischer Juristen“ vorliegen.

Anfang Mai 1952 trafen in Erfurt 18 Waggons russischer Butter ein. Laut Protokoll der DHZ-Lebensmittel zeigten die Stempel an, daß die Butter 6 bis 13 Monate alt war. Sie wurde von fünf Fachleuten „verkostet“. Das Protokoll sagt darüber: „Anscheinend ist die Butter großen Temperaturschwankungen unterworfen gewesen, da das Pergamentpapier stark gerieftelt und rinzig ist und die Butter schmalzartig an den Rändern der Kisten klebt; sie erscheint als geschmolzen.“ Das Protokoll kommt auf Grund von 323 entnommenen Proben zu dem Urteil: „Geschmack und Geruch ranzig, alt, stockfleckig, hefig, seifig“ und weist an, die Butter nicht zum Verkauf zu bringen, sondern sie der Schmelze zu übergeben. Wertmäßig sei sie nur noch als Kochbutter zu bezeichnen.

Das war am 9. Mai. Am 24. Mai wurde die im Kühlhaus Erfurt eingelagerte Butter in Gegenwart zweier sowjetischer Vertreter erneut untersucht; beide fanden rein gar nichts

auszusetzen. Das erste Protokoll wurde zurückgezogen und die Kochbutter zu Molkereibutter aufgewertet. Außerdem wurde der deutsche Angestellte gerügt, der das erste Protokoll verfaßt hatte.

Der Versuch, einen kleinen Teil dieser Butter unbearbeitet in einigen Erfurter Privatgeschäften abzusetzen, scheiterte am Streik der Käufer. Also wurde die Butter als minderwertig umgearbeitet, mußte andererseits aber den Lieferanten als vollwertig bezahlt wer-

Dokumente der Unterdrückung

Berlin (Eigenmeldung). Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen hat ein Dokumentarwerk über die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945 herausgegeben.

Das umfassende Buch, das ausschließlich aus authentischen Berichten aus der Sowjetzone unter dem Titel „... stürmt die Festung Wissenschaft“ zusammengestellt wurde, wird auch in der Bundesrepublik und im Ausland jeden von den Me-

den. Die Differenz zu Lasten der DHZ, Niederlassung Erfurt, betrug runde 230 000 DM. Als Sündenbock dafür mußte jener schon gerügte Angestellte dienen. Er, der langjährige Butterfachmann und ehemalige Molke-reileiter, wurde „infolge der Vorkommnisse in unserer Abteilung Butter“ gekündigt.

Die Ursache für die minderwertige Qualität der Sowjetbutter ergibt sich aus diesen Protokollen indessen klar: sie ist schon in der Sowjetunion „überlagert“, also zu alt, und sie wird ohne Rücksicht auf die Außentemperatur in gewöhnlichen Güterwagen transportiert. Und nicht einmal den „sowjetischen Experten“ kann man allzu Übles nachsagen, wenn man weiß, daß, je weiter man nach Osten kommt, „ranzig“ kein Qualitätsminderndes Beiwort für Butter ist.

thoden der Gewalt und der Unterdrückung einer freiheitlichen Gesinnung in der Sowjetzone überzeugen. Es schließt mit einer namentlichen Aufzählung der bisher über 600 verhafteten Dozenten und Studenten in der Zone. Zum erstmalig sind hier bis in alle Einzelheiten die Methoden des Kommunismus bei der Unterdrückung der freien wissenschaftlichen Arbeit aufgezeigt.

Nicht mehr „Kuno-Fischer-Straße“

Flüchtlingsdienst zieht nach Marienfelde

Berlin (Eigenmeldung). Die „Kuno-Fischer-Straße“, die zu einem Begriff für die Bewohner der Sowjetzone geworden ist, wird künftig den Flüchtlingsdienst nicht mehr beherbergen. Die hier untergebrachten Dienststellen sowie die Abteilungen, die zur Zeit in den Messehallen am Funkturm arbeiten, einschließlich der Polizeimelde-stelle und der Zuständigkeitsüberprüfung, ziehen am 15. August in das neue Notaufnahmela-ger nach Marienfelde. Das eigentliche Notaufnahmeverfahren aber bleibt nach wie vor in den Räumen am Kaiserdamm.

100 Mill. DM freigegeben

Bonn (DPA). Das Bundesfinanzministerium hat erneut 100 Mill. DM für Flüchtlinge

aus der Sowjetzone bereitgestellt. Das Geld soll für Wohnraumbeschaffung verwendet werden.

Dibelius gegen alte Vorwürfe

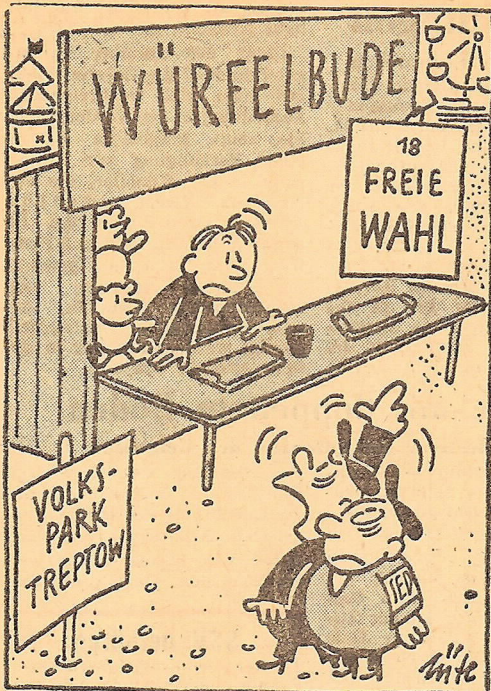
Berlin (Eigenbericht). Die evangelische Kirche werde sich niemals mit der Unmenschlichkeit abfinden, daß man Kriegsgefangene so lange von Heimat und Familie fernhalte, erklärte Bischof D. Dr. Dibelius in der Berliner Marienkirche. Außerdem erklärte der Bischof in diesem Zusammenhang zur gegenwärtigen kirchlichen Lage, daß es schwer zu tragen sei, daß die alten Vorwürfe gegen die Junge Gemeinde von einflußreichster Stelle wieder erneuert worden wären.

Neuer Tagesrekord: 51 Vopos

Berlin (Eigenmeldung). Mit 51 Volkspolizisten, die am Mittwoch in Westberlin um Asyl baten, wurde ein neuer Tagesrekord von geflüchteten Vopos aufgestellt. An den vorhergehenden Tagen waren 37 bzw. 36 Volkspolizisten desertiert.

Schweizer betreuen Flüchtlinge

Berlin (DPA). Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche der Schweiz wird in Westberlin ein „Schweizer Betreuungszentrum“ für Flüchtlinge übernehmen. Es will damit zum Ausdruck bringen, „daß wir als Schweizer, die sich ihrer Heimat noch erfreuen dürfen, teilnehmen an dem Leiden unserer heimatlosen Brüder“.



Nur flüstern . . .

Der Unterschied

Mit einer Gruppe von Volkspolizisten kommt ein SSD-Mann in den Betrieb, um „Provokateure“ und „Rädelsführer des Aufstandes“ zu verhaften. Bei einem Arbeiter weiß er nicht recht, ob er ihn auch noch mitnehmen soll.

„Ich will dir eine Chance geben“, sagt er zu ihm, „ich habe im letzten Krieg ein Auge verloren und trage dafür ein Glasauge. Wenn du mir sagst, welches das Glasauge ist, lasse ich dich laufen.“

Der Arbeiter sieht ihn nur kurz an, dann sagt er bestimmt: „Es ist das linke.“

Der SSD-Mann wundert sich: „Wie hast du das so schnell gesehen?“

„Ganz einfach“, antwortet der der Arbeiter, „es guckt immerhin menschlich.“

Weiß man nie

Der alte Iwan Iwanowitsch steht in Moskau auf der Straße, als er plötzlich ein gewaltiges Getöse hört. Milizsoldaten sperren die Straße ab, Verkehrspolizisten fuchteln aufgeregt, alle Leute werden zur Seite gedrängt. Dann heulen Sirenen auf, und eine große schwarze Limousine rast, eskortiert von zwei Dutzend Polizisten auf Motorrädern, im 80-km-Tempo vorüber.

„Was für ein armer Teufel da wohl dringesessen hat“, sagt Iwan Iwanowitsch zu einem anderen Passanten.

„Bist du verrückt!“ ruft der, „das war doch Malenkow!“

„Was??“ entsetzt sich Iwan Iwanowitsch, „Der nun auch? Was hat er denn angestellt?“

„Jenosse, willst du Stimmung jejen unsere sowjetischen Freunde machen?“

Die sehr gefährliche Frau Busse

„Uns allen droht Gefahr“, behauptet die „Märkische Volksstimme“, Ausgabe Brandenburg-Stadt, vom 30. Juli, und zwar Gefahr durch die Westberliner Lebensmittelpakete. Zum Beweis fragte sie eine Frau Busse, warum sie sich ein solches Paket geholt habe. Die erwiderte: „Weil mir sonst meine Kinder verhungern.“ Das, sagt die „Volksstimme“, „ist eine gemeine Lüge. Der Mann dieser Frau Busse verdient 650 Mark. Damit kann man doch aber auskommen. Frau Busse, die eine gemeine Lüge verbreitet, behauptet also, daß die Kinder in unserer Republik verhungern müssen. Frau Busse sagte aber nichts davon, daß sie in Westberlin auf einer Karteikarte erfaßt wurde und daß sie sich verpflichtet hat, Agenturarbeit zu leisten. Sie bringt ihre Familie, ja alle Einwohner in eine große Gefahr, indem sie jetzt direkt in die Kriegsvorberei-

tungen einbezogen wird.“

So weit die „Märkische Volksstimme“, die auch nicht unterließ, Frau Busses Wohnung anzugeben: „Dreifertstraße 36“. Zahlreiche Brandenburger fragten dort nach Frau Busse und fanden sie nicht. Nach der 20. verneinenden Auskunft heftete ein Hausbewohner draußen einen Zettel an: „Hier wohnt keine Frau Busse.“

Neuer Kurs

Im Leipziger Zoo unterhalten sich eine Giraffe und ein Frosch.

„Warum streckst du denn deinen langen Hals so gegen den Himmel?“ fragt der Frosch.

„Ich suche den versprochenen hohen Lebensstandard“, erwiderte die Giraffe.

„Bist du dumm!“ rief der Frosch. „Da oben ist der doch nicht! Er ist ganz unten. Ich sitze drauf.“

Für alles zu brauchen!

In Ungarn fehlt es nun sogar schon an Schreibtünte. Stoßseufzer von Radio Budapest: „Die jetzt in Budapest verkaufte Tinte ist für alles zu brauchen außer zum Schreiben, weil sie gänzlich farblos ist.“

Vielleicht sollte man die Budapest Tinte nach Sofia schicken. Dort fehlt es nämlich an „gänzlich farbloser Flüssigkeit“, d. h. an Wasser. Schreckliche Drohung des Rundfunks

in Sofia: „Mit Rücksicht auf den Wassermangel wird allen Einwohnern, die sich nicht genau an die Vorschriften der Wasserwerke halten, der Gebrauch des Wassers für die Dauer eines Jahres entzogen werden.“

Radio Sofia vergaß offenbar hinzuzufügen: „Und wenn es in diesem Jahr regnet, dann ist es den Bestraften verboten, ins Freie zu gehen.“

Internationale Ausstellungen

Eine Vorschau — Am Rande der Berliner Festwochen

Im Rahmen der reich besetzten Festspielwochen 1933 tritt die Bildende Kunst diesmal besonders vielseitig in den Vordergrund. Fast ein Dutzend Ausstellungen sind geplant, größtenteils internationaler Prägung.

Den Auftakt bildet die große Carl-Hofer-Kollektivausstellung, die in der Hochschule der Bildenden Künste (Hardenbergstraße) am 16. September eröffnet wird. Sie umfaßt Arbeiten aus dem Gesamtwerk des Malers, größtenteils Gemälde, über 200 Nummern.

Im Schloß Charlottenburg wird eine Ausstellung „Amerikanische Malerei 1800—1900“ gezeigt. Rund hundert Gemälde, die von deutschen Museumsleitern während ihres Aufenthaltes in den Staaten ausgewählt, bereits in Frankfurt, München, Hamburg ausgestellt waren.

Das „Haus am Waldsee“ stellt „Acht italienische Maler“ aus, junge Künstler der Gegenwart.

Im Hause des „Künstlervereins“, Lützowplatz 9, ist eine van-Gogh-Ausstellung geplant, 25 Gemälde und Handzeichnungen, aus deutschem und holländischem Besitz. Seit 1928 hat Berlin keine Schau dieses Meisters gesehen. In der „Maison de France“ ist „Junge französische Plastik“ zu sehen.

Im Sitzungssaal des Rathauses Wilmersdorf werden unter der Devise „Unvergessenes Land“ Arbeiten ostdeutscher Künstler gezeigt. Dem großen

Berliner Karikaturisten Heinrich Zille ist eine umfassende Schau gewidmet. Vom 2. bis 11. September sind im Rathaus Reinickendorf, Eichborndamm, und vom 13. bis 27. September in der Säulenhalle des Spandauer Rathauses eine Fülle seiner amüsanten und geistreichen Entwürfe zu sehen.

Die gesamte Berliner Karikatur von Schadow bis in die Gegenwart bringt eine Ausstellung, die am 31. August im Rathaus Wedding eröffnet, vom

14. bis 27. September im Rathaus Neukölln gezeigt wird.

Unter den Berliner Privatgalerien tritt die Galerie Rosen mit einer viel versprechenden Ausstellung in den Vordergrund. Sie zeigt graphische Blätter einer Vereinigung zur Förderung junger Künstler, die unter dem Namen „Guilde Internationale de la Gravure“ in Genf und Paris ihren Sitz hat. Man gewinnt mit diesen farbigen und schwarzweißen Drucken, die zum erstenmal in Deutschland gezeigt werden, Einblick in die internationale Graphik.

Geige mit doppeltem Boden

Ein Berliner revolutioniert den Geigenton

In seiner blitzsauberen Werkstatt arbeitet ein fleißiger Neuköllner an Streichinstrumenten. Er hat sozusagen die Fesseln der Geige gelöst.

Die Geige ist nämlich ein starres Instrument: dem Geigenkörper (Corpus) ist der Geigenhals angeleimt. Vom Hals laufen (durch die Wirbel befestigt) die vier Saiten über den Corpus — das wissen wir alle. Nun hat unser findiger Berliner „sein“ Geheimnis: er leimt den Hals nicht fest, sondern setzt ihn nur auf, verbindet ihn durch einen „Schwingsteg“ mit einem „Schwingboden“. Dieser „doppelte Boden“ ist ein neuer Boden aus abgelagertem Ahornholz, der über den bereits vorhandenen Boden gesetzt wird. Zusammengehalten wird das Ganze durch den straffen Zug der Saiten.

Weil nun der Geigenhals nicht mehr fest am Corpus sitzt, wird

die Resonanz der Töne vom Hals um den Corpus herum auf die Unterfläche des Instruments geleitet. Dadurch — und eben durch den „Schwingboden“ — ergeben sich Töne von über-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Europa als Ziel

Eine viertägige internationale Tagung der Pax-Christi-Bewegung begann in Altenberg bei Köln, an der die Kardinalin Feltrin (Paris) und Frings (Köln) und andere Bischöfe aus Deutschland, Italien, Luxemburg, der Schweiz und Österreich teilnehmen. Der deutsche Protektor der Pax-Christi-Bewegung, Bischof Joseph Schröfer (Eichstätt), begrüßte die ausländischen und deutschen Gäste. Er nannte die Einigung

Europas als das erste Ziel der Pax-Christi-Bewegung. Darüber hinaus sei aber die Aufgabe: „eine Welt in Eintracht zum Segen aller Völker“ zu schaffen.

Für junge Dramatiker

Ferdinand Bruckner wird am Berliner Schiller-Theater eine Gruppe junger Dramatiker bilden, die in regelmäßigen Zusammenkünften ihre Stücke lesen und gemeinsam bearbeiten sollen.

raschend großer, edler und gesanglicher Klangfülle.

Jede Geige läßt sich so umbauen, viele hängen schon in der Neuköllner Werkstatt. Sogar das Ausland fragt an, denn die Töne der „Schwingengeige“ sind eben nicht nur lauter geworden, sondern auch veredelt. In Fachkreisen wispert man von einer „Revolution um den Geigenton“.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920331. Druck: W. Büxenstein, GmbH.